

An den Grenzen des Kapitalismus

Krise und Transformation aus politisch-ökologischer und intersektionaler Perspektive

Markus Wissen (Berlin)

Zusammenfassung

Die ökologische Krise wird in den vorherrschenden Debatten als globales Problem betrachtet: Die Menschheit ist im Begriff, die planetaren Grenzen zu überschreiten und in ein neues Erdzeitalter, das Anthropozän, einzutreten. Derartige Diagnosen sind ambivalent. Einerseits zeigen sie den Ernst der Lage und stützen die Forderung nach einer wirksamen Umweltpolitik. Andererseits blenden sie den sozialen Gehalt der Krise aus und können deshalb kaum eine sozial-ökologische Transformation orientieren. Eine intersektionale, d.h. Klasse, Geschlecht, *race* und Kolonialität in ihren Verschränkungen berücksichtigende Politische Ökologie weist hier einen Ausweg: Sie trägt zu einem sozialwissenschaftlich gehaltvollen Begriff der ökologischen Krise bei und begründet sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit einer Transformation über die Grenzen des Kapitalismus hinaus.

Schlüsselwörter Anthropozän, Infrastruktursozialismus, Intersektionalität, ökologische Krise, Politische Ökologie, Transformation

1. Einleitung: Einsichten und Grenzen der Anthropozän-Debatte

In der Debatte über die ökologische Krise dominiert eine globale Perspektive. Die Rede ist von den „planetaren Grenzen“, die überschritten zu werden drohen oder bereits überschritten worden sind sowie vom „Anthropozän“, dem neuen Erdzeitalter, in dem die Menschheit zur globalen geophysikalischen Kraft geworden ist. Es sind die Erdsystemwissenschaften, die hier den Ton angeben (Rockström et al. 2009a; Crutzen 2002; Steffen et al. 2011) und deren Befunde in der Tradition älterer Repräsentationen der ökologischen Krise wie dem Bericht an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) ein alarmierendes Bild vom Zustand des Planeten zeichnen.

Zweifellos sind ihre Warnungen berechtigt, wichtig und politisch wirksam. Ohne die suggestiven, in griffige Formeln übersetzten Problembeschreibungen der Erdsystemwissenschaften ließe sich etwa das Entstehen der neuen Klimabewegung in den vergangenen Jahren kaum verstehen, handelt es sich doch beim Klimawandel und anderen ökologischen Krisenphänomenen wie dem Biodiversitätsverlust für viele Menschen vor allem im globalen Norden bislang weniger um prägende Alltagserfahrungen als um zukünftige und als solche erst durch wissenschaftliche Szenarien zugänglich gemachte Bedrohungen. Die zaghaften, von einer Problemangemessenheit weit entfernten jüngeren Versuche einer staatlichen Krisenbearbeitung, z.B. das Pariser Klimaabkommen von 2015 und der *European Green Deal* von 2019, wären vermutlich ohne die jahrelange beharrliche Arbeit der Umweltwissenschaften und ohne Bewegungen wie *Fridays for Future*, die dieser Arbeit politisch Nachdruck verleihen, noch zurückhaltender ausgefallen.

Trotz dieser Verdienste weisen die Krisendiagnosen der Erdsystemwissenschaften aus einer kritisch-sozialwissenschaftlichen Perspektive nicht unerhebliche Probleme auf. So hat die neuere Forschung zu globaler und sozialer Ungleichheit die Vorstellung vom Kollektivsubjekt „Mensch“, das die Krise verursacht hat und von ihr betroffen ist, in Zweifel gezogen und die sozial und räumlich höchst ungleiche Verteilung von Verantwortung und Betroffenheit auch empirisch untermauert. Einer Studie von Oxfam zufolge zeichnen die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung für 52 Prozent der konsumbezogenen CO₂-Emissionen im Zeitraum 1990 bis 2015 verantwortlich, während die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung nur sieben Prozent zu verantworten haben (Oxfam 2020, 3; vgl. Chancel und Piketty 2015; Backhouse und Tittor 2019; Kleinhückelkotten et al. 2016). Andreas Malm (2015) ist deshalb in seiner Einschätzung

zuzustimmen: „Die Menschheit als Abstraktum ist viel zu schwach, um die Bürde der Schuld zu tragen.“¹

Die Protagonist:innen des Diskurses über die planetaren Grenzen und das Anthropozän räumen durchaus ein, dass zwischen ökologischer Krise einerseits sowie sozialer und globaler Ungleichheit andererseits ein Zusammenhang besteht, der in ihrem Modell nicht abgebildet wird.² Allerdings sind einschlägige Angebote von sozialwissenschaftlicher Seite (Löwbrand et al. 2015; Malm und Hornborg 2014; Brand et al. 2021), eben darüber ins Gespräch zu kommen, bislang kaum angenommen worden.³ Eher scheint sich in den Umweltwissenschaften und der Transformationsforschung eine „neue kritische Orthodoxie“ (Brand und Wissen 2017, 31 ff.) herauszubilden – eine vorherrschende Lehrmeinung, die zwar den gesellschaftlichen Status quo für seine ökologischen Konsequenzen kritisiert, jedoch insofern orthodox ist, als sie die sozialen Verhältnissen, die die Konsequenzen erst zeitigen, als gegeben voraussetzt.

Der kritischen Orthodoxie mangelt es an der sozialen und institutionellen Phantasie, sich einen Zustand jenseits der zerstörerischen Normalität der kapitalistischen Produktionsweise vorstellen zu können. Insofern verbleiben ihr nur der Appell an das menschliche Handeln und die Hoffnung, Markt und Technik, deren unbewusstes Walten die Krise zum großen Teil erst heraufbeschworen hat, in den Dienst der Krisenbearbeitung zu stellen, sprich eine nachhaltige Entwicklung über die ökologische Modernisierung des Bestehenden anzustoßen, ohne dessen Strukturmechanismen zu transformieren. Doch ist es zulässig, so fragte Elmar Altvater schon vor 25 Jahren in seiner Kritik an der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, „von ökologischer Nachhaltigkeit zu reden und vom Kapitalismus zu schweigen, eine ökologische Revolution – denn nichts anderes verlangen die Reduktionsszenarien – einzufordern und politisch, ökonomisch und sozial fast alles beim Alten zu belassen“ (Altvater 1996, 84)?

Ähnlich wären die heute dominierenden Krisendiagnosen mit ihren macht- und herrschaftsanalytischen Auslassungen zu konfrontieren, und zwar in einem praktischen

¹ Alle englischsprachigen Zitate wurden vom Autor ins Deutsche übertragen.

² Das Konzept der planetaren Grenzen „trägt bislang nicht der regionalen Verteilung oder den historischen Mustern von Auswirkungen Rechnung. Auch berücksichtigt es nicht die tieferliegenden Fragen von Gleichheit und Verursachung. Das derzeitige Niveau von Grenz-Prozessen und die Grenz-Überschreitungen, die bereits eingetreten sind, wurden ungleich von verschiedenen menschlichen Gesellschaften und sozialen Gruppen verursacht“ (Steffen et al. 2015).

³ Zuletzt gab es zumindest einschlägige Signale (siehe Rockström et al. 2021, 4 f.).

Interesse: Problembeschreibungen sind nie nur *Beschreibungen*. Sie besitzen vielmehr immer auch eine implizite Normativität und gestalten den Korridor mit, in dem nach Problem/*lösungen* gesucht wird. Insofern macht es einen Unterschied, ob „die Menschheit“ bzw. das Abstraktum „Mensch“ für die ökologische Krise verantwortlich zeichnet, weil sie oder es gleichsam von Natur aus nach einer letztlich selbstzerstörerischen Nutzenmaximierung strebt, oder ob die Verantwortung in den gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen ist, die einem selbst- und naturzerstörerischen menschlichen Handeln Vorschub leisten. Ersteres führt geradewegs „zurück in die Sackgasse“ (ebd., 91), letzteres trägt dagegen der „unhintergehbaren Einbindung allen Handelns in das Netz von sozialen Rahmenbedingungen, institutionellen Vorgaben und vorprägenden Handlungsmustern“ (Lob-Hüdepohl 1995, 223) Rechnung und öffnet damit eine Transformationsperspektive, die eine problemadäquate gesellschaftliche Eingriffstiefe beinhaltet.

Zu einer solchen Perspektive beizutragen, ist das Ziel der nachfolgenden Ausführungen. Ich möchte zeigen, dass die immer drängenderen sozial-ökologischen Herausforderungen nur dann angemessen begriffen und bearbeitet werden können, wenn man die ihnen zugrundeliegenden und ineinander verschränkten Herrschaftsverhältnisse entlang der Achsen Klasse, Geschlecht, Kolonialität und *race*⁴ in Rechnung stellt. Es geht mir mithin um einen analytischen ebenso wie politisch-strategischen Begriff von sozial-ökologischer Transformation als intersektionalem Gesellschaftsprojekt. Dazu erörtere ich zunächst die Paradoxien, in denen sich die neue kritische Orthodoxie zu verstricken droht. Sodann skizziere ich mit einer intersektionalen Politischen Ökologie einen herrschaftssensiblen Zugang zur sozial-ökologischen Krise. Schließlich diskutiere ich die politischen Implikationen dieses Zugangs, die ich in einem radikaldemokratischen Infrastruktursozialismus sehe.

2. Paradoxien der neuen kritischen Orthodoxie

Mit dem Konzept der planetaren Grenzen haben Johan Rockström et al. 2009 einen mittlerweile mehrfach aktualisierten Rahmen vorgelegt, in dem sich die Veränderungen des Erdsystems und seiner Subsysteme abbilden lassen. Ihren Befunden zufolge haben mehrere biophysikalische Prozesse, die die Stabilität der lebensnotwendigen

⁴ Mit der englischen Schreibweise und der Kursivsetzung soll unterstrichen werden, „was wissenschaftlicher Konsens ist: Es gibt keine ‚Rassen‘; nichtsdestotrotz gibt es spezifische Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse entlang rassistischer Zuschreibungen, die je nach historischem und regionalem Kontext variieren“ (Backhouse/Tittor 20019: 298, Fußnote 1).

Erdsysteme regulieren, ihren „safe operating space“ bereits verlassen, d.h. jene Grenzen überschritten, innerhalb derer das Erdsystem in einem stabilen Zustand funktioniert. Dabei handelt es sich etwa um den Klimawandel, den Biodiversitätsverlust und die Störung des Stickstoffzyklus (Rockström et al. 2009a, 2009b; Steffen et al. 2015).

Diese in der Tat alarmierenden Entwicklungen sind nicht auf natürliche Schwankungen zurückzuführen, sie sind vielmehr anthropogen, also von Menschen gemacht. Deshalb steht ihre Diagnose in einem engen Zusammenhang mit der bereits zu Beginn der 2000er Jahre aufgestellten These, dass die Menschheit im Begriff ist, in ein neues Erdzeitalter, das Anthropozän, einzutreten (Crutzen 2002). Im Unterschied zum Holozän, also jener Warmzeit, die vor fast 12.000 Jahren begann und den Hintergrund für das Sesshaftwerden von Menschen und das Entstehen menschlicher Zivilisationen bildete, ist das Anthropozän dadurch gekennzeichnet, dass die Menschheit sich zu einem geophysikalischen Faktor entwickelt hat (Steffen et al. 2011). Der Mensch hat die natürlichen Systeme in einem Ausmaß verändert, „dass sie nicht mehr als ‚natürlich‘ betrachtet werden können“ (Lövbrand et al. 2015, 212) und dass die Folgen der Veränderungen nun negativ auf ihren Urheber zurückzuwirken beginnen.

Die Anthropozän-Diagnose ist in der einschlägigen *scientific community* nicht unumstritten. Vor allem wird darüber diskutiert, auf wann der Übergang in das neue Erdzeitalter zu datieren ist. Denn je nachdem, welche menschlichen Einflüsse auf die Erde betont werden, stellt sich dies sehr unterschiedlich dar (vgl. Görg 2016, 31 f.). So geht die Entstehung von Kulturlandschaften infolge der agrargesellschaftlichen „Kolonisierung“ von Teilen der Erde (Fischer-Kowalski et al. 1997, 10 ff.) auf die Neolithische Revolution vor ca. 10.000 Jahren zurück; der Klimawandel ist dagegen ein Ergebnis des industriekapitalistischen Stoffwechsels, wie er mit dem Übergang zur Kohle als zentralem Energieträger im 18. und 19. Jahrhundert einsetzte; nimmt man schließlich die bleibenden Spuren zum Maßstab, die der radioaktive *fallout* hinterlassen hat, landet man im 20. Jahrhundert.

Als Favorit für den Beginn des Anthropozäns gilt mittlerweile die Mitte des 20. Jahrhunderts. Für diesen Zeitpunkt votierte 2016 eine mit der Datierung betraute Arbeitsgruppe beim 35. Geologischen Kongress in Kapstadt. Die Mitte des 20. Jahrhunderts markiert den Anfang einer auch als „große Beschleunigung“ bezeichneten „Periode des dramatischen und beispiellosen Wandels in der Menschheitsgeschichte“ (Steffen et al. 2011), in der zahlreiche geophysikalisch relevante Parameter (Bevölkerung, Verkehrsaufkommen, Urbanisierung, Bruttoinlandsprodukt, Wasserverbrauch, Einsatz von Dünger etc.) enorme Wachstumsraten aufweisen.

Aus einer sozialwissenschaftlichen Sicht entscheidend ist neben der Frage des Beginns vor allem die der Verursachung des Anthropozäns und, damit zusammenhängend, der *sozialen* Verhältnisse, unter denen die *biophysikalischen* Prozesse die Grenzen ihres „safe operating space“ überschritten haben. Diesbezüglich hat der Diskurs der Erdsystemwissenschaften nur wenig zu bieten. Statt unter Rückgriff auf die Sozialwissenschaften bzw. im Dialog mit ihnen die das Anthropozän hervorbringenden sozio-technischen Prozesse zu analysieren, lässt er diese im Abstraktum „Mensch“ bzw. „Menschheit“ verschwinden: „die Effekte von *Menschen* auf die globale Umwelt sind eskaliert“ (Crutzen 2002, 23; Hervorh. M.W.), „die *Menschheit selbst* ist zu einer globalen geophysikalischen Kraft geworden“ (Steffen et al. 2011, Hervorh. M.W.).

Eine jüngst erschienene Veröffentlichung geht über die Abstraktheit dieser Problemdiagnose hinaus. Ihre Verfasser:innen verweisen auf das Gerechtigkeitsproblem, das darin liege, dass die wohlhabenden Gesellschaften mit ihrem hohen Konsumniveau die Stabilität der lebensnotwendigen Erdsysteme in besonderem Maße bedrohten. Dagegen trügen diejenigen, die von den Umweltveränderungen am stärksten betroffen seien, am wenigsten zu ihrer Verursachung bei und verfügten zudem über die geringste Resilienz und Anpassungsfähigkeit (Rockström et al. 2021, 2 ff.). Zudem wird eingeräumt, dass die besondere Vulnerabilität der ärmeren Bevölkerungsgruppen in ungerechten sozialen Strukturen, Einstellungen und Governance-Systemen gründe (ebd., 4). Allerdings gehen die Rockström et al. dem nicht weiter nach: Um *welche* Strukturen, Einstellungen und Governance-Systeme es sich genau handelt, bleibt offen, die *konkreten* Mechanismen, die die Produktion und den Konsum über ein ökologisch verträgliches Maß hinaustreiben und zudem die höchst ungleiche Verteilung der Folgen ökologischer Grenzüberschreitungen vermitteln, werden nicht analysiert.

Insofern vermögen die eindringlichen Schilderungen der menschlichen Ursachen und der dramatischen Zuspitzung der ökologischen Krise durchaus aufzurütteln. Sie verfehlen aber, wie Christoph Görg zutreffend bemerkt, eine wesentliche Problemdimension: „einerseits soll die Notwendigkeit und Dringlichkeit politischen Handelns eindrücklich untermauert werden, andererseits kümmert sich die Debatte überhaupt nicht darum, warum bisher keine irgendwie adäquate politische Reaktion erfolgt ist. Dem Anthropozän fehlt eine Debatte über ‚den Anthropos‘, genauer: über die gesellschaftliche Dynamik, die der ‚Great Acceleration‘ zugrunde liegt wie auch über die Probleme einer politischen Gestaltung“ (Görg 2016, 32).

Letztlich lässt sich diese Auslassung auf ein Paradoxon zurückführen: Das Anthropozän-Narrativ denaturalisiert Natur im selben Atemzug, wie es die gesellschaftlichen Verhältnisse naturalisiert, d.h. nicht als solche, sondern als naturgegebene Eigenschaften der Spezies Mensch begreift (vgl. Malm und Hornborg 2014; Malm 2015;

Moser 2015). Die „Natur“ des Anthropozäns ist das Resultat menschlicher Einwirkung, die im Neolithikum begann, die mit der industriellen Revolution intensiviert wurde und deren Bedrohlichkeit für die Fortdauer menschlichen Lebens selbst auf die „große Beschleunigung“ ab Mitte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen ist. Die treibende Kraft ist die dem *homo sapiens* innewohnende Fähigkeit, sich Natur anzueignen, sie im Sinne der Befriedigung seiner Bedürfnisse zu transformieren und dabei seine eigenen, technischen Kapazitäten immer weiter zu entwickeln – leider, aber unvermeidlich, über den Punkt hinaus, an dem diese Fähigkeit in Selbstzerstörung umzuschlagen droht.

Als Ausweg verbleibt dann vor allem der Versuch, die Evolution in Richtung Selbsterhaltung umzulenken, d.h. solche Management-Kapazitäten und großtechnologischen, die Sonneneinstrahlung auf die Erde vermindern oder die CO₂-Absorptionsfähigkeit von Ökosystemen steigernden Lösungen (*geo-engineering*) zu entwickeln, die es erlauben, die Folgen derzeitiger und vergangener Einwirkungen auf Natur beherrschbar zu halten. Primär darauf sind folglich die Anstrengungen zu richten: auf die adäquate Technologie und ein marktkonformes Katastrophen-Management, während grundlegende institutionelle Reformen oder gar die Infragestellung der vorherrschenden Produktions- und Konsummuster außerhalb des Denkhorizonts verbleiben. „Kurz, die Produktivkräfte (Wissenschaft und industrielle Technologie) gelten als die einzig möglichen Werkzeuge, um die Irrtümer zu verstehen und zu reparieren. Das System selbst steht nicht in Frage; seine Gender-, Klassen-, räumlichen und rassistischen Ungleichheiten sind entweder unsichtbar oder irrelevant: Kein Paradigmenwechsel ist nötig.“ (Barca 2020, 12)

Erik Swyngedouw (2010) hat diese Einschränkung von Möglichkeitsräumen als „Post-Politik“ bezeichnet. Es handelt sich um ein weiteres Paradoxon, das sich aus dem der (De-)Naturalisierung ergibt: Wenn die gesellschaftlichen Naturverhältnisse bestimmten Zwangsgesetzlichkeiten unterliegen und insofern gar keine *gesellschaftlichen* Verhältnisse mehr sind, sondern bloße Entfaltungen eines evolutorischen Potenzials, dann ist die Schließung politischer Möglichkeitsräume die zwangsläufige Konsequenz. Die Anthropozän-Debatte gerät unwillentlich in eine „paradoxe Beziehung zwischen einem apokalyptischen ökologischen Denken auf der einen und dem institutionellen Status quo auf der anderen Seite“ (Löwbrand et al. 2015, 214). Gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen drehen sich dann in erster Linie um die Entwicklung und den Einsatz der richtigen Technologien, um neue Anreizstrukturen auf ansonsten sakrosankten kapitalistischen Märkten (Stichwort: CO₂-Bepreisung und Emissionshandel) und um die Verhaltensänderungen, zu denen Individuen und Organisationen damit bewegt werden sollen. „Den fundamentalen Herausforderungen,

vor die das Anthropozän die Organisation der Gesellschaften stellt, wird paradoxerweise mit vielen derselben Institutionen begegnet, die die jüngste Eroberung der natürlichen Welt durch die Menschen erst ermöglicht haben.“ (Löwbrand et al. 2015, 214)

Wie bereits dargelegt, sind es nicht nur theoretische Einwände, die gegen eine solche Sichtweise zu erheben wären. Auch die empirischen Befunde zur höchst ungleich verteilten Verantwortung für die ökologische Krise und zur Betroffenheit von dieser unterstreichen die Notwendigkeit eines geschichts- und sozialwissenschaftlich elaborierteren Konzepts vom Anthropozän. „Ungleichheiten innerhalb der Spezies“, so die treffende Formulierung von Malm und Hornborg (2014, 62), „sind ein wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen ökologischen Krise und können im Bemühen, diese zu verstehen, nicht ignoriert werden.“ Im Folgenden lerte ich aus, welchen Beitrag eine intersektionale Politische Ökologie dazu leisten kann.

3. Die Perspektive einer intersektionalen Politischen Ökologie

Bei der Politischen Ökologie handelt es sich um einen interdisziplinären Zugang zur ökologischen Krise, der in einer kritischen, in weitestem Sinn sozialwissenschaftlichen Tradition verankert ist (siehe einführend und als Überblick Robbins 2004; Wissen 2015). Ihr Ursprung liegt in den 1970er und 1980er Jahren, als Humangeograph:innen und Anthropolog:innen begannen, die vorherrschenden Wahrnehmungen von Umweltproblemen und Formen des Umgangs mit diesen zu hinterfragen. Bis zu dieser Zeit war die ökologische Krise vor allem in Begriffen wie „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972), „Überbevölkerung“ (Ehrlich 1968) oder „Tragödie der Gemeinschaftsgüter“⁵ (Hardin 1968) gedacht worden. Der heute vorherrschenden Debatte nicht unähnlich wurden in der Menschheit bzw. im Menschen als zweckrationalem Nutzenmaximierer die Ursache der Umweltprobleme gesehen, die nun umgekehrt im Begriff waren, sich zu einer Bedrohung für menschliches Leben zu entwickeln. Die sozialen und politischen Dimensionen der Mensch-Natur-Beziehungen wurden dagegen kaum betrachtet. Grundlegende soziale Verhältnisse – Klasse, Geschlecht, *race* und Kolonialität – blieben als Faktoren von Umweltzerstörung unterbelichtet. „Viele wissenschaftliche Einschätzungen“, so Jessica Budds (2008, 62), „schließen soziale Prozesse aus oder treffen generalisierte Annahmen hinsichtlich der menschlichen Ursachen von Umweltzerstörung, insbesondere indem sie es versäumen, die Handlungen verschiedener sozialer Gruppen zu disaggregieren.“

⁵ Gemeint ist die Übernutzung von Ressourcen, die nicht durch Eigentumstitel geschützt werden.

Demgegenüber liegen dem – theoretisch und empirisch vielfältigen – Paradigma der Politischen Ökologie folgende Annahmen zugrunde: *Erstens* ist die ökologische Krise nicht einfach einer Übernutzung von Ressourcen und Senken geschuldet, sondern ein Resultat ungleicher Naturaneignung. Es geht mithin um den *politischen Gehalt* der ökologischen Krise. Kategorien wie „der Mensch“ bzw. „die Menschheit“ werden aufgeschlüsselt. Damit geraten die sozialen Verhältnisse in den Blick, die es manchen sozialen Gruppen entlang der Achsen Klasse, Geschlecht, *race* und Kolonialität erlauben, sich Natur auf Kosten anderer anzueignen und diese anderen zu beherrschen, indem sie deren Naturverhältnisse kontrollieren (siehe etwa die Aktivitäten von Bergbaukonzernen und der Agrarindustrie im globalen Süden). Bryant und Bailey (1997, 27) sprechen in diesem Zusammenhang von der „politisierten Umwelt“.

Zweitens sind ökologische Probleme keine nivellierenden Bedrohungen, sondern Verteilungsfragen bzw. Fragen von *Macht und Herrschaft*. Das gilt im Hinblick sowohl auf ihre Verursachung als auch auf ihre Auswirkungen. Was für die einen eine Gefährdung der Lebensbedingungen darstellt, kann für andere eine Quelle von Profit sein, oder, wie Blaikie und Brookfield (1987, 14) feststellen: „Des/der einen Degradation ist des/der anderen Akkumulation“. Das gilt auch für globale Krisenphänomene wie den Klimawandel. Die Möglichkeit, zwei Jahrhunderte lang uneingeschränkt CO₂ zu emittieren, war eine der Voraussetzungen für die sozioökonomische Entwicklung der kapitalistischen Zentren. Die negativen Folgen fallen (zumindest bislang) primär andernorts an, etwa in solchen Regionen des globalen Südens, in denen Dürren oder Überschwemmungen besonders häufig auftreten und in ihren Wirkungen durch einen ungleichen Zugang zu essentiellen sozialen und physischen Infrastrukturen, durch die Konzentration von Landbesitz oder durch Konflikte um die Kontrolle natürlicher Ressourcen verstärkt werden (Dietz 2011).

Drittens ist die *Räumlichkeit*, vor allem der räumlichen Maßstäblichkeit, von Umweltproblemen in Rechnung zu stellen. Die Politische Ökologie kritisiert sowohl die Abstraktion von sozialen Verhältnissen in den globalen Repräsentationen der ökologischen Krise als auch den Ansatz, konkrete Krisenphänomene ausschließlich auf lokale Faktoren wie fehlende oder unangemessene Technologien, schlechte Landmanagement-Praktiken oder „Überbevölkerung“ zurückzuführen. Ökologische Bedrohungen werden, auch wenn sie sich zu globalen Krisen auswachsen, durch konkrete, raumbundene Praktiken der Naturaneignung hervorgerufen. Allerdings lassen sich diese nicht allein mit Faktoren erklären, die eine räumliche und zeitliche Nähe zu den Problemen aufweisen. Stattdessen müssen sie mit Marx als „Zusammenfassung vieler Bestimmungen“, als „Einheit des Mannigfaltigen“ (Marx 1974 [1857-58], 21), mithin in ihrer

skalaren Einbettung vor allem in asymmetrische Weltmarktstrukturen und imperialistische Nord-Süd-Verhältnisse begriffen werden (Paulson et al. 2003).

Für einen analytisch gehaltvollen und politisch-strategisch orientierenden Begriff der ökologischen Krise leistet eine Politische Ökologie, die von diesen Grundannahmen ausgeht, zweierlei. Zum einen denaturalisiert sie das Verhältnis von Mensch und Natur. Statt von Zwangsgesetzlichkeiten oder von der gleichsam natürlichen Entfaltung evolutorischer Potenziale auszugehen, legt sie das Historische und Gesellschaftliche im Verhältnis zwischen Mensch und Natur frei. Sie zeigt, dass die vorherrschenden destruktiven Formen des Umgangs mit Natur nicht unvermeidlich und damit alternativlos oder bestenfalls mit technologischen Innovationen und marktförmigen Anreizen korrigierbar sind, sondern dass es sich bei ihnen um die Ausprägung eines spezifischen gesellschaftlichen Naturverhältnisses handelt. Das aber beinhaltet notwendigerweise, dass andere, reflexivere gesellschaftliche Naturverhältnisse möglich sind. Es öffnet den Blick für deren – häufig bedrohte – Existenz (etwa in manchen indigenen Gemeinschaften) sowie für die Potenziale und Hemmnisse ihrer Verwirklichung unter den Bedingungen einer sich akut zuspitzenden ökologischen Krise.

Zum anderen kann die Politische Ökologie orientierend auf sozial-ökologisch emanzipative Kämpfe wirken. Dort wo die dramatischen Appelle der Erdsystemwissenschaften an „unsere gemeinsame Zukunft“ (Hauff 1987) eben deshalb verhallen, weil die Gemeinsamkeit eine bloß imaginierte ist, identifiziert sie soziale Widersprüche sowie mögliche Träger und Motive gesellschaftsverändernden Handelns und trägt dazu bei, letzteres über seine Erfolgsbedingungen aufzuklären. In diesem Sinne hat die Politische Ökologie in einer Vielzahl von empirischen Studien gezeigt, dass nicht nur „die Menschheit“, sondern auch „der Staat“ oder „die Wirtschaft“ viel zu abstrakt und vermagt sind, um als Akteure von Veränderung in Frage zu kommen. Stattdessen sind es konkrete Erfahrungen von sozialer Herrschaft, die häufig über die Kontrolle der Naturverhältnisse vermittelt ist, aus denen wegweisende Ansätze und Bewegungen einer sozial-ökologischen Transformation hervorgehen. Dazu gehören die von Martinez-Alier (2002) als „environmentalism of the poor“ bezeichneten (kleinbäuerlichen) Bewegungen, die sich im globalen Süden – nicht zuletzt gegen Akteure aus dem globalen Norden (im Bund mit den lokalen Eliten) – für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen einsetzen ebenso wie die weltweiten Kämpfe gegen die sozial-ökologischen Folgen einer Wasser-Privatisierung oder das gemeinsame Engagement von *Fridays for Future* und der Gewerkschaft ver.di für eine klimaschützende Verkehrswende und bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV.

Maria Backhouse und Anne Tittor haben vor kurzem dafür plädiert, die Politische Ökologie mit dem aus der antirassistisch-feministischen Debatte stammenden Intersektionalitätskonzept zu verbinden (Backhouse und Tittor 2019). Letzteres geht davon aus, dass Klasse, *race* und Geschlecht „das Grundmuster von gesellschaftlich-politisch relevanter Ungleichheit“ bilden (Klinger 2009, 267). Alle drei, so Cornelia Klinger, konstituieren sich jeweils über ein bestimmtes Muster der Arbeitsteilung, etwa derjenigen zwischen Arbeit und Kapital oder zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit, und legitimieren sich über die Konstruktion eines Anderen bzw. über die Naturalisierung einer Differenz. Zudem konvergieren sie und überschneiden sich. So kann der häufig unsichere Rechts- und prekäre Sozialstatus von Migrant:innen deren klassenspezifische Ausbeutung verschärfen. Zusammengenommen und miteinander verflochten handelt es sich bei den drei Kategorien um „Elemente eines integrierten Systems herrschaftlich strukturierter Ordnung“ (ebd., 276; vgl. Soiland 2008).

Der analytische und politische Mehrwert des Intersektionalitätskonzepts liegt auf einer allgemeinen Ebene darin, dass es einen Ausweg aus der Sackgasse bietet, in die sich gesellschaftskritische Debatten gerade in jüngerer Zeit, vor dem Hintergrund des Erstarkens rechter Bewegungen und Parteien, selbst manövriert haben: dem vermeintlichen Gegensatz zwischen einer auf Umverteilung zielenden Klassen- und einer an Anerkennung orientierten, Geschlechterverhältnisse und Rassismus fokussierenden Identitätspolitik. Aus einer intersektionalen Perspektive ist dieser Gegensatz nicht nur politisch schädlich, er macht auch analytisch keinen Sinn, handelt es sich bei Geschlecht und *race* doch nicht um isolierte Unterdrückungsverhältnisse, denen mehr oder weniger Aufmerksamkeit als dem Klassenverhältnis zuteilwerden sollte. Vielmehr bilden sie „ein Moment von Klassenverhältnissen selbst, ein Arrangement, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und damit Herrschaft zu organisieren“ (Fried 2021, 487).⁶

Unter der Hegemonie der Lohnarbeit als der von Marx identifizierten *differentia specifica* des Kapitalismus erhalten die anderen Unterdrückungsverhältnisse eine historisch-spezifische Form. Das bedeutet nicht, dass letztere vom Klassenverhältnis dominiert und zu Nebenwidersprüchen degradiert würden, sondern dass sich verschiedene Unterdrückungsverhältnisse ko-konstituieren. Denn auch die Reproduktion von

⁶ Allerdings ist auch die Intersektionalitätsdebatte vor Verkürzungen nicht gefeit. So kritisieren Emma Dowling, Stefanie Gräfe und Silke van Dyk die Tendenz, den Klassenwiderspruch auf die Diskriminierungspraxis des Klassismus zu reduzieren und damit Ausbeutung als fundamentalen Tatbestand kapitalistischer Herrschaft zu verfehlen und mahnen die Klärung konzeptioneller Differenzen zwischen den Strukturkategorien Klasse, *race* und Geschlecht an (Dowling et al. 2017, 418).

Klassenherrschaft ist ohne die anderen Unterdrückungsverhältnisse nicht zu begreifen: „das für die Spaltung von Bourgeoisie und Proletariat in Europa zentrale Lohnverhältnis ist selbst gleichzeitig Ursache und Wirkung des Regimes kolonialer Heterosexualität. Anders gesagt hat sich das europäische Klassensystem durch die und in den Regime(n) rassialisierter, gegenderter und sexueller Gewalt des kapitalistischen Kolonialismus entwickelt. [...] Das Schicksal der europäischen Arbeiter:innenklasse und der kolonisierten Bevölkerungen kann nicht losgelöst von der Perspektive des Kapitalismus betrachtet werden.“ (Bohrer 2018, 68)

Die Politische Ökologie im Besonderen profitiert von den Erkenntnissen der Intersektionalitätstheorie insofern, als diese die sich überlagernden sozialen Verhältnisse, die sowohl die ökologische Krise hervorbringen als auch die ungleiche Verteilung ihrer Folgen vermitteln, präziser zu bestimmen hilft. Den Kern dieser Verhältnisse bildet eine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und sozialen Reproduktion, die ihre eigenen sozial-ökologischen Voraussetzungen systematisch missachtet. Die kapitalistische Produktion setzt nicht nur die Existenz von Klassen voraus, die sich in einem konflikthaften, von Marx so bezeichneten Prozess der „ursprünglichen Akkumulation“ (Marx 1988 [1890], 741 ff.), also der Trennung der unmittelbaren Produzent:innen von den Produktionsmitteln, herausgebildet haben, sie fungiert mithin nicht nur auf dem Weg der Ausbeutung von Arbeitskraft. Vielmehr beruht sie auch auf der unbezahlten Reproduktionsarbeit, wie sie noch immer zumeist von Frauen in den privaten Haushalten geleistet wird. Reproduktionsarbeit schafft keinen Wert im kapitalistischen Sinn, sie wird in eine der kapitalistischen Produktion externe Sphäre ausgelagert, wo sie ebenso von dem Geld abhängt, das der Lohnarbeiter mit nach Hause bringt, wie sie dessen Arbeitskraft unentgeltlich (re)produziert. Die den Klassengegensatz kennzeichnende Ausbeutung der lohnarbeitenden Arbeitskraft in der Sphäre der kapitalistischen Produktion steht also in einem Verhältnis der wechselseitigen Abhängigkeit zu der in der privaten Sphäre des Haushalts stattfindenden und das Geschlechterverhältnis charakterisierenden Aneignung von unbezahlter Reproduktionsarbeit (vgl. Rätzl 2021; Winker 2018).

Kapitalistische Produktion ist nicht bedürfnisorientiert, sondern folgt konkurrenzvermittelt der Maxime der Profitmaximierung. Es liegt deshalb in ihrem strukturellen Interesse, die Kosten für reproduktive Tätigkeiten – und damit die von den Unternehmen des „produktiven“ Bereichs in Lohnform zu begleichenden Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft – zu drücken. Hausarbeit wird ohnehin in der Regel unentgeltlich geleistet. Sorgende Tätigkeiten in der Pflege oder im Gesundheitssystem sind häufig prekär und schlecht bezahlt. Nicht selten werden sie an Migrant:innen ausge-

lagert (Wichterich 2018; Schilliger 2021). Diese im Geschlechter- ebenso wie im Klassenverhältnis wurzelnde und bisweilen durch neokoloniale Formen der Arbeitsteilung kompensierte Abwertung, Ausgrenzung und gleichzeitige Integration sorgender Tätigkeiten stellen – hier trifft sich die Intersektionalitätstheorie mit der Politischen Ökologie – einen zentralen Mechanismus der ökologischen Krise dar. Es ist die Unterordnung der „Fundamentalökonomie“ (Foundational Economy Collective 2019), also der lebenserhaltenden und die Bedingungen eines guten Lebens erst herstellenden Sorgearbeit und Infrastrukturen, unter eine rein quantitative Profit- und Wachstumsorientierung, es ist mit anderen Worten die Herrschaft des Tauschwerts über den Gebrauchswert, die die strukturelle Indifferenz der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber den reproduktiven Erfordernissen nicht nur des menschlichen Körpers, sondern auch der außermenschlichen Natur begründet.

Das „nichtkapitalistische Abgetrennte“ (Biesecker und Winterfeld 2014, 7) – Sorgearbeit, Natur, öffentliche Infrastrukturen – ist ebenso Existenzbedingung des Kapitals, wie es von diesem systematisch in seiner eigenen Existenz bedroht wird – sei es, das wäre die Polanyische Kritik, dass es kommodifiziert und im Prozess der kapitalistischen Produktion tendenziell vernutzt wird (Polanyi 1995 [1944]), oder sei es, so die feministische Kritik, dass es unentgeltlich, also als Nicht-Kapitalistisches angeeignet und in den Dienst der Kapitalakkumulation gestellt wird.

Nancy Fraser zufolge liegt hier, an der Grenze von Produktion und sozialer Reproduktion, ein zentraler, wenn nicht *der* zentrale Widerspruch des Kapitalismus: „Kapitalistische Gesellschaften trennen die soziale Reproduktion von der ökonomischen Produktion, assoziieren erstere mit Frauen und verschleiern ihre Bedeutung und ihren Wert. Paradoxerweise jedoch machen sie ihre offiziellen Ökonomien von eben jenen Prozessen sozialer Reproduktion abhängig, deren Wert sie leugnen. Diese eigentümliche Beziehung aus Trennung-mit-Abhängigkeit-mit-Nicht-Anerkennung ist eine inhärente Quelle von Instabilität: Auf der einen Seite ist die kapitalistische ökonomische Produktion kein sich selbst tragender Prozess, sondern beruht auf der sozialen Reproduktion; auf der anderen Seite droht ihre Dynamik unbegrenzter Akkumulation eben die reproduktiven Prozesse und Kapazitäten zu destabilisieren, die das Kapital – und der Rest von uns – benötigen. Der Effekt im Laufe der Zeit [...] kann sein, dass die gesellschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie gefährdet werden.“ (Fraser 2016, 102 f.)

Auch wenn Fraser die natürlichen Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft nicht explizit benennt, ist es genau der von ihr identifizierte Widerspruch, der diese Bedingungen bedroht. Heute spitzt sich dies in einer Weise krisenhaft zu, dass die kapitalistische Produktionsweise selbst zur Disposition steht. Zwar lassen sich in jüngerer

Zeit verstärkte Anstrengungen beobachten, den Kapitalismus ökologisch zu modernisieren (siehe etwa den *European Green Deal*). Allerdings stoßen diese nicht nur auf den Widerstand von rechten Regierungen und Bewegungen, sondern dürften sich auch im Erfolgsfall als unzureichend oder bestenfalls als Übergangsprojekte erweisen. Denn sie setzen gerade nicht jene expansiven Dynamiken außer Kraft, die in die Krise geführt haben. Vielmehr versuchen sie, diese Dynamiken zu nutzen und ökologisch zu wenden, laufen damit aber Gefahr, dass mögliche Erfolge durch das quantitative Wirtschaftswachstum zunichte gemacht werden (vgl. Parrique et al. 2019). Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass im „Außen“ der kapitalistischen Produktion „Räume für eine andere Ökonomie mit anderen Geschlechter- und Naturverhältnissen angeeignet und gestaltet werden, die von Fall zu Fall, z.B. wenn sich kritische Stimmen aus dem ‚Innen‘ diesem Widerständigen anschließen, in Zwischenräume zwischen dem ‚Innen‘ und dem ‚Außen‘ verwandelt werden können“ (Biesecker und Winterfeld 2014, 4 f.). Um diese Räume und ihre Gestaltungsprinzipien geht es im nun folgenden letzten Abschnitt.

4. Ausblick: ein radikaldemokratischer Infrastruktursozialismus

Die hier vorgeschlagene Transformationsperspektive ist die eines radikaldemokratischen ökologisch-feministischen Infrastruktursozialismus. Der Begriff ist zugegebenermaßen etwas sperrig. Jedoch enthält er eben jene Elemente, die eine im starken Sinne verstandene sozial-ökologische Transformation orientieren können. Das Ökologische und Feministische ist im vorangegangenen Abschnitt als intersektional erweiterte Politische Ökologie diskutiert worden. Auch die Bedeutung von Infrastrukturen wurde angedeutet. Sie wird durch die Erfahrungen der gegenwärtigen Krisensituation unterstrichen, teilweise auch (wieder) sichtbar gemacht, führt uns die Coronapandemie doch vor Augen, wie stark die körperliche und gesellschaftliche Reproduktion von Sorgeleistungen und Infrastruktursystemen abhängt, deren Erbringung bzw. Vorhandensein meist als selbstverständlich vorausgesetzt wird.⁷

Wirtschaft und Gesellschaft aus der Perspektive der Sorge und der Versorgungssysteme zu denken und zu gestalten, bedeutet einen ebenso radikalen wie konkreten Bruch mit der kapitalistischen Rationalität. Radikal ist der Bruch, weil gegenüber der Orientierung am Tauschwert jene an den menschlichen Bedürfnissen in den Vorder-

⁷ Ebenso macht die Pandemie sichtbar, unter welch prekären Bedingungen die relevanten, weil lebenserhaltenden Systeme aufrechterhalten werden (vgl. Schilliger 2021).

grund tritt: Das, was im kapitalistischen Wirtschaften und im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften als unsichtbare und nicht-kapitalistisch herzustellende Voraussetzung für die eigentlichen wirtschaftlichen Aktivitäten betrachtet und entsprechend geringgeschätzt bzw. in Messgrößen wie dem Bruttoinlandsprodukt zum Verschwinden kaum abgebildet wird, wird nun in seiner Zentralität für den Reichtum und das Wohlergehen der Gesellschaft begreifbar. Umgekehrt erscheinen viele (im Hinblick auf ihre strukturelle Grenzenlosigkeit wohl die meisten) der im Kapitalismus wertschaffenden ökonomischen Aktivitäten bestenfalls als entbehrlich, schlimmstenfalls als sozial und ökologisch destruktiv. Niemand braucht SUVs, niemand braucht jedes Jahr ein neues Smartphone, und niemand muss ständig seine komplette Garderobe auswechseln. Dass Menschen dennoch den Eindruck haben, dass das alles sein muss, ist nicht einfach individuellen Vorlieben geschuldet – denn spätestens, wenn individuelle Vorlieben zu einem Massenphänomen werden, sollte ihr gesellschaftlicher Charakter in Augenschein genommen werden. Es ist das Resultat einer Produktionsweise, die nur im Modus fortwährender Revolutionierung existieren kann und die deshalb darauf angewiesen ist, ständig neue – und aus einer sozial-ökologischen Perspektive zum großen Teil sinnlose und schädliche – Bedürfnisse zu generieren, sobald sie die Mittel zu deren Befriedigung hervorgebracht hat. Eine „Fundamentalökonomie“ der Sorge und Infrastrukturversorgung bereitet dem ein Ende und stellt die Wirtschaft gleichsam vom Kopf auf die Füße (vgl. Foundational Economy Collective 2019).

Dieser radikale Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise ist gleichzeitig sehr konkret. Denn zum einen knüpft er an verbreitete, nicht immer bewusste, aber in Krisensituationen regelmäßig ins Bewusstsein drängende Alltagserfahrungen an: Jeder Mensch ist ebenso abhängig von der Sorge anderer wie vom Zugang zu sozialen und physischen Infrastrukturen (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Energie, Wasser, Pflege, Kultur...). Zum anderen gibt es vielerorts eine lange Tradition der öffentlichen Organisation von Infrastruktursystemen. Mit dieser wurde nicht zuletzt auch eine Lehre aus den schmerzlichen Erfahrungen gezogen, die häufig dann gemacht wurden, wenn private Akteure die Daseinsvorsorge unter der Maxime der Profitmaximierung betrieben. Diese Tradition ließe sich weiterentwickeln, privatisierte Systeme der Daseinsvorsorge wären (wieder) unter eine öffentliche Kontrolle zu bringen, und der enorme gesellschaftliche Erfahrungsschatz könnte genutzt werden, um das Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge auf andere essentielle gesellschaftliche Bereiche auszudehnen. Dazu gehörte z.B. das System der Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln.

Zentral wäre das Prinzip der radikalen Demokratie. Wenn die Erzeugung und Befriedigung von Bedürfnissen nicht länger dem Markt überlassen wird, bedarf es anderer

Verfahren, sich über sie zu verständigen und vor allem ihre Legitimität zu beurteilen. Autoritäre Lösungen kommen nicht in Frage. Also wären Verfahren zu entwickeln, in denen Bedürfnisse demokratisch ausgehandelt werden können. Demokratisch hieße in diesem Fall nicht liberal-, sondern radikaldemokratisch. Die liberale Demokratie hat die öffentliche Sphäre dem Prinzip nach demokratisiert, sie schottet jedoch die private Sphäre und damit auch die Entscheidung über legitime Bedürfnisse systematisch gegen demokratische Entscheidungsfindung ab. Folglich verfügt sie nicht über Mechanismen, die verhindern, dass Bedürfnisse (z.B. das nach grenzenloser Mobilität) sowie die Formen und Elemente ihrer Befriedigung (die Herstellung von Flugzeugen, der Betrieb von Fluggesellschaften, das Fliegen selbst oder die Produktion, der private Besitz und die individuelle Nutzung von Pkw) als legitim gelten, obwohl sie die Lebensbedingungen von Menschen andernorts und in der Zukunft untergraben und insofern faktisch „imperial“ sind (vgl. Brand und Wissen 2017).

Radikale Demokratie würde demgegenüber bedeuten, dass alle, die von den Auswirkungen einer Entscheidung und damit auch von bestimmten Formen der Bedürfnisbefriedigung anderer betroffen sind, gleichberechtigt am Entscheidungsprozess und an der Beurteilung der Legitimität von Bedürfnissen, die sich letztlich an deren raumzeitlicher Verallgemeinerbarkeit bemisst, beteiligt werden. Damit wäre zwar noch nicht garantiert, dass Entscheidungen sozial-ökologisch nachhaltiger ausfallen, aber zumindest würde dies wahrscheinlicher, denn die Kosten von Fehlentscheidungen „tragen alle. Da dies alle wissen, würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern“ (Demirović 2012, 70).

Die Gestaltung derartiger Verfahren ist zweifellos höchst voraussetzungsreich. So lassen sich die sozial-ökologischen Implikationen von Entscheidungen kaum exakt bestimmen. Zudem besteht die Gefahr, dass Individuen überfordert werden, wenn Entscheidungen, die zuvor aus dem unbewussten Walten von Marktkräften resultierten, nun zum Gegenstand einer bewussten demokratischen Deliberation werden. Schließlich wäre zu klären, wie die Interessen von Entscheidungsbetroffenen berücksichtigt werden können, die aufgrund von räumlichen und zeitlichen Distanzen oder aufgrund ihrer großen Zahl kaum direkt am Entscheidungsprozess partizipieren können.

Diese Schwierigkeiten sprechen aber nicht grundsätzlich gegen das radikaldemokratische Prinzip, die Betroffenen zu Mitentscheidenden zu machen. Sie deuten vielmehr darauf hin, dass die Einlösung dieses Prinzips von materiellen Voraussetzungen abhängt, wie sie etwa in der globalisierungskritischen Bewegung der 2000er Jahre unter dem Begriff der „Deglobalisierung“ diskutiert wurden (Bello 2002). Mit Wolfgang Sachs (1997, 109) gesprochen geht es um den Rückbau der Effekte der kapitalistischen Wirtschaftsweise, was angesichts der strukturell-expansiven Tendenz letzterer ihrer

Einhegung und Überwindung gleichkommt. Auch dann ist die Institutionalisierung von radikaler Demokratie noch kein Selbstläufer, aber mit einer (geographischen) Selbstbegrenzung des Wirtschaftens steigen zumindest die Chancen ihrer Realisierung, und zwar insofern, als die Betroffenen am ehesten in überschaubaren räumlichen Maßstäben zu Mitentscheidenden gemacht werden können (vgl. Narr und Schubert 1994, Kap. IV; Dobson 2007, 108 ff.).

Radikale Demokratie, die mit ihr wahrscheinlicher werdende Institutionalisierung reflexiver gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowie die Gebrauchswert- und Bedürfnisorientierung, die sich in der Aufwertung von Sorgearbeit und Versorgungssystemen manifestiert, sind die zentralen Elemente eines zeitgemäßen Konzepts von Sozialismus. Ganz ähnlich argumentieren Joe Kovel und Michael Löwy (2008) in ihrem „ökosozialistischen Manifest“. Sie benennen darin vier zentrale Orientierungen bzw. Prinzipien: ökologische Rationalität, demokratische Kontrolle, soziale Gleichheit und die Vorherrschaft des Gebrauchswerts über den Tauschwert. Die vier Prinzipien bedingen einander. Sie weisen zudem weit über den Sozialismusbegriff des 20. Jahrhunderts hinaus. Während dieser „den Effizienzbegriff der kapitalistischen Gesellschaften übernahm und sich somit nur auf bereits verlegten Gleisen bewegen konnte, müsste ein neuer, grüner Sozialismus 'Ökonomie' in erster Linie als Sorge um Leben, Mensch und Gemeinschaft verstehen“ (Zelik 2020, 239).

Darin liegt der politische Gehalt des hier skizzierten Zugangs zu ökologischer Krise und Transformation. Ohne die Befunde der Erdsystemwissenschaften über das Ausmaß der Krise zu negieren, trägt er zu einem besseren Verständnis der sozialen Verhältnisse und Kräfte bei, die die Krise hervorbringen und beständig verschärfen. Erst wenn diese berücksichtigt werden, vermögen wissenschaftliche Diagnosen nicht mehr nur aufzurütteln, sondern auch über Widersprüche und Voraussetzungen transformatorischen Handelns aufzuklären und zu dessen Orientierung beizutragen.

Literatur

Altwater, Elmar (1996), Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein "zukunftsfähiges Deutschland", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1), 82-91.

Backhouse, Maria/Tittor, Anne (2019), Für eine intersektionale Perspektive auf globale sozial-ökologische Ungleichheiten, in: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut u.a. (Hg.): Große

Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer VS, 297-309.

Barca, Stefania (2020), *Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene*. Cambridge: Cambridge University Press.

Bello, Walden (2002), *Deglobalization. Ideas for a new world economy*. London: Zed Books.

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2014), Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 02/2014. Friedrich-Schiller-Universität. Jena, http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwegmedia/dokumente/WorkingPaper/wp2_2014.pdf (abgerufen 24.01.2018).

Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987), Defining and debating the problem, in: *Blaikie, Piers/ Brookfield, Harold* (Hg.): *Land Degradation and Society*. London: Routledge, 1-26.

Bohrer, Ashley (2018), Intersectionality and Marxism. A Critical Historiography, in: *Historical Materialism* 26 (2), 46-74.

Brand, Ulrich/Muraca, Barbara u.a. (2021), From Planetary to Societal Boundaries: An argument for collectively defined self-limitation, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 16.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017), *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom.

Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997), *Third World Political Ecology*. London: Routledge.

Budds, Jessica (2008), Whose Scarcity? The *Hydrosocial*/Cycle and the Changing Waterscape of La Ligua River Basin, Chile, in: Goodman, Michael K./Boykoff, Maxwell T. u.a. (Hg.): *Contentious Geographies. Environmental Knowledge, Meaning, Scale*. Aldershot: Ashgate, 59-78.

Chancel, Lucas/Piketty, Thomas (2015), Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an equitable adaptation fund. Paris School of Economics. Paris, Online verfügbar unter <http://piketty.pse.ens.fr/files/ChancelPiketty2015.pdf> (abgerufen 08.05.2020).

Crutzen, Paul J. (2002), Geology of mankind, in: *Nature* 415, 23.

Demirović, Alex (2012), Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren, in: *Luxemburg* (3), 60-70.

Dietz, Kristina (2011), Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dobson, Andrew (2007), Green Political Thought. London: Routledge.

Dowling, Emma/van Dyk, Silke u.a. (2017), Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“, in: *PROKLA* 47 (3), 411-420.

Ehrlich, Paul R. (1968), The Population Bomb. New York: Ballantine Books.

Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut u.a. (1997), Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie. Wien: Facultas.

Foundational Economy Collective (2019), Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.

Fraser, Nancy (2016), Contradictions of Capital and Care, in: *New Left Review* (100), 99-117.

Fried, Barbara (2021), "Feminism is for everyone" - Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik, in: Candeias, Mario (Hg.): Klassentheorie. Vom Making und Remaking. Hamburg: Argument, 480-494.

Görg, Christoph (2016), Anthropozän, in: Sybille Bauriedl (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: Transcript, 29-35.

Hardin, Garrett (1968), The tragedy of the commons. The population problem has no technical solution; it requires a fundamental extension in morality, in: *Science* 162, 1243-1248.

Hauff, Volker (Hg.) (1987), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevin: Eggenkamp.

Kleinhüchelkotten, Silke/Neitzke, H.-Peter u.a. (2016), Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungs-

gruppen). Texte 39/2016. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen_korr.pdf (abgerufen 12.10.2016).

Klinger, Cornelia (2009), Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht, in: Solga, Heike/Powell, Justin u.a. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main New York: Campus, 267-277.

Kovel, Joe/Löwy, Michael (2008), Internationales ökosozialistisches Manifest, in: *Inprekorr* (434/435), <https://www.inprekorr.de/434-oekosoz-manifest.htm> (abgerufen 01.05.2021).

Lob-Hüdepohl, Andreas (1995), "Verantwortete Zeitgenossenschaft" in konzertierter Verantwortung. Das Programm nachkonziliarer Ethik im Medium der Umwelt- und Technikethik, in: Delgado, Mariano /Lob-Hüdepohl, Andreas (Hg.): Markierungen. Theologie in den Zeichen der Zeit. Berlin: Morus Verlag, 217-251.

Lövbrand, Eva/Beck, Silke u.a. (2015), Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene, in: *Global Environmental Change* 32, 211-218.

Malm, Andreas (2015), The Anthropocene Myth. Blaming all of humanity for climate change lets capitalism off the hook, in: *Jacobin*, <https://www.jacobinmag.com/2015/03/anthropocene-capitalism-climate-change/> (abgerufen 30.09.2015).

Malm, Andreas/Hornborg, Alf (2014), The geology of mankind? A critique of the Anthropocene narrative, in: *The Anthropocene Review* 1 (1), 62-69. DOI: 10.1177 /2053019613516291.

Martinez-Alier, Joan (2002), The Environmentalism of the Poor. Cheltenham: Edward Elgar.

Marx, Karl (1974 [1857-58]), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz Verlag.

Marx, Karl (1988 [1890]), Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: Dietz Verlag (Marx Engels Werke Band 23).

Meadows, Donella H./Meadows, Dennis u.a. (1972), The Limits to Growth. New York: Universe Books.

Moser, Christine (2015), *Anthropolitics*, in: *39Null* (3), 128-131.

Narr, Wolf-Dieter/Schubert, Alexander (1994), *Weltökonomie. Die Misere der Politik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Oxfam (2020), *Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery*. Oxfam Media Briefing 21 September 2020. Oxfam, <https://assets.oxfamamerica.org/media/documents/Confronting-Carbon-Inequality.pdf> (abgerufen 19.10.2020).

Parrique, Timothée/Barth, Jonathan u.a. (2019), *Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*. European Environmental Bureau, <https://mk0eeborgicuytuf7e.kinstacdn.com/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf> (abgerufen 12.05.2020).

Paulson, Susan/Gezon, Lisa L. u.a. (2003), *Locating the Political in Political Ecology. An Introduction*, in: *Human Organization* 62 (3), 205-217.

Polanyi, Karl (1995 [1944]), *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Räthzel, Nora (2021), *Society - Labour - Nature: How to Think the Relationship?*, in: *Räthzel, Nora/ Stevis, Dimitris u.a. (Hg.): Handbook of Environmental Labour Studies*. Houndmills: Palgrave Macmillan.

Robbins, Paul (2004), *Political Ecology. A Critical Introduction*. Malden MA: Blackwell.

Rockström, Johan/Gupta, Joyeeta u.a. (2021), *Identifying a Safe and Just Corridor for People and the Planet*, in: *Earth's Future* 9 (4). DOI: 10.1029/2020EF001866.

Rockström, Johan/Steffen, Will u.a. (2009a), *A safe operating space for humanity*, in: *Nature* 461, 472-475.

Rockström, Johan/Steffen, Will u.a. (2009b), *Planetary Boundaries. Exploring the Safe Operating Space for Humanity*, in: *Ecology and Society* 14 (2), <https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/> (abgerufen 11.07.2013).

Sachs, Wolfgang (1997), *Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbilds*, in: *Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich, 93-110.

Schilliger, Sarah (2021), Verschärfte Normalität im Ausnahmezustand. Transnationale Care-Arbeit in Privathaushalten unter COVID-19. SozBlog. Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), <http://blog.soziologie.de/2021/01/verschaeerfte-normalitaet-im-ausnahmezustand-transnationale-care-arbeit-in-privathaushalten-unter-covid-19/> (abgerufen 16.01.2021).

Soiland, Tove (2008), Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. Intersectionality oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie, in: *querelles-net* (26), (abgerufen 16.09.2019).

Steffen, Will/Persson, Asa u.a. (2011), The Anthropocene. From Global Change to Planetary Stewardship, in: *Ambio* 40 (7), 739-761.

Steffen, Will/Richardson, Katherine u.a. (2015), Sustainability. Planetary boundaries: guiding human development on a changing planet, in: *Science* 347 (6223). DOI: 10.1126/science.1259855.

Swyngedouw, Erik (2010), Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change, in: *Theory, Culture & Society* 27 (2-3), 213-232.

Wichterich, Christa (2018), Der prekäre Care-Kapitalismus. Sorgeextraktivismus oder die neue globale Arbeitsteilung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2), 91-97.

Winker, Gabriele (2018), Das Ganze der Arbeit revolutionieren, in: *Luxemburg*, Online verfügbar unter <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/das-ganze-der-arbeit/> (abgerufen 29.04.2021).

Wissen, Markus (2015), The political ecology of agrofuels. Conceptual remarks, in: Dietz, Kristina / Engels, Bettina u.a. (Hg.): *The Political Ecology of Agrofuels*. London/New York: Routledge, 16-33.

Zelik, Raul (2020), Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin: Suhrkamp.

Über den Autor

Dr. Markus Wissen ist Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozial-ökologische Transformationsprozesse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR), Redakteur der PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gemeinsam mit Ulrich Brand hat er 2017 das Buch Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus im Oekom-Verlag, München, veröffentlicht.

Kontakt: markus.wissen@hwr-berlin.de

Über www.ethikjournal.de

EthikJournal ist eine Onlinezeitschrift für Ethik im Sozial- und Gesundheitswesen. Ausgehend von aktuellen Themen werden grundlegende theoretische und handlungsorientierte Fragen zur Diskussion gestellt. Die Zeitschrift erscheint zweimal jährlich online. Herausgeber der Zeitschrift ist das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP).

ISSN 2196-2480

Zitationsvorschlag

Wissen, Markus (2021), An den Grenzen des Kapitalismus. Krise und Transformation aus politisch-ökologischer und intersektionaler Perspektive, in: EthikJournal Ausgabe 1/2021, Download unter: [Link zum pdf Onlinedokument](#) (Zugriff am).